

**Gegenstand: Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf städtischen Grundstücken; Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.11.2006
Vorlage: 0204/2006**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Pitsch begründet den Antrag nochmals damit, dass die Ausbringung von Transgenen erhebliche Risiken birgt und Landwirte in die Abhängigkeit von nicht unumstrittenen Saatgutkonzernen wie Monsanto treibt. EU und Bundesregierung haben dieses Saatgut leider zugelassen. Allerdings sollten sich die Kommunen in dieser Sache positionieren.

Laut Herrn C. Ableiter kann die Stadt als Eigentümer entscheiden, wie das eigene Vermögen verwendet wird und sollte Fehlentwicklungen entgegenwirken. In Europa wird bereits ein erheblicher Lebensmittelüberschuss erwirtschaftet, es besteht keine Notwendigkeit für eine gentechnische Erntesteigerung. Mit den Pollen gentechnisch veränderter Pflanzen wird dabei etwas freigesetzt, was man nicht unter Kontrolle hat. Die BGS unterstützt diesen Antrag.

Herr Rieser erklärt, dass sich die ödp bereits im Umweltausschuss dazu geäußert hat und hält gentechnische Verfahren auf städtischen Grundstücken für grundsätzlich verzichtbar.

Das Thema wird nach Ansicht von Herrn Roßkopf sehr ideologisch und emotional betrachtet. Hier im Gremium sieht er nicht den Sachverstand für solche Fragen. Er verweist auf die unterschiedliche Beurteilung von weißer und grüner Gentechnik. Grüne Gentechnik wird sehr kritisch gesehen. Der Antrag steht in der Nähe zu Positionen von Greenpeace. Wissenschaftler wurden nach eigenen Aussagen von Greenpeace falsch zitiert. Im Umweltausschuss wurde darüber durch die LUFA berichtet, dass eine Auskreuzung mit anderen Arten nicht erfolgen kann. Die Zustimmung der Stadt wird für die Anpflanzung nicht benötigt, eine Zustimmung einzuholen war für die LUFA eine Frage des Anstandes.

Herr Dr. Wintterle wirft die Frage auf, ob in den Pachtverträgen der LUFA etwas zu gentechnischem Anbau formuliert ist. Der Vorsitzende verweist darauf, dass die Fläche ausdrücklich als Versuchsgelände verpachtet ist. Die LUFA hat in ihrem Anschreiben darauf hingewiesen, dass um Zustimmung nachgesucht wird. Herr Wunder ergänzt, dass der Vertrag in der Sitzung nicht vorliegt, aber sicher keinen Vermerk zur Gentechnik enthält, da diese Verträge sehr viel älter sind als das Thema Genpflanzen.

Frau Pitsch konstatiert, dass die von Herrn Roßkopf zitierten Wissenschaftler sicherlich Drittmittel von den Konzernen erhalten. Es handelt sich um die gleichen Leute, die solches Saatgut an Länder in der dritten Welt verschenken, um diese in Abhängigkeit zu ihren Unternehmen zu bringen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht auch andere Möglichkeiten, Schadinsekten abzuwehren (z.B. Schwarzlichtfallen).

Nach Herrn Rieser geht es nicht um die Entscheidung: Gentechnik ja oder nein, sondern um die einfache Feststellung, diese nicht auf stadteigenen Grundstücken haben zu wollen.

Herr Walter sieht im Stadtrat sicherlich kein Fachgremium, um solche Fragen zu entscheiden. Die Bundesregierung und ihre Fachleute verfügen bei Genehmigungsverfahren sicherlich über den notwendigen Sachverstand. Außerdem dürfte die LUFA auch ohne Zustimmung des Rates handeln, weil eine entsprechende saatgutrechtliche Zulassung vorliegt.

Herr Dr. Jakumeit stellt fest, dass gegenüber der Gentechnik in der Medizin, in der klare Fragestellungen bestehen und das Ganze in abgeschlossenen Räumen kontrolliert stattfindet, bei transgenen Pflanzen diese wissenschaftlichen Formulierungen weitgehend fehlen. Dem Aspekt, dass damit vermutlich nur der Gewinn von Monopolunternehmen gesteigert wird, steht er sehr kritisch gegenüber.

Die LUFA möchte nach Kenntnis von Herrn Dr. Wintterle den Anbau rein aus fiskalischen Gründen durchführen. Herr Wunder erklärt hierzu, die LUFA wurde durch die Landesregierung gebeten, dieses Wertprüfungsverfahren als Fachbehörde durchzuführen.

Herr C. Ableiter ergänzt, dass auch ernstzunehmende Wissenschaftler, das sind aus seiner Sicht unabhängige Professoren an Universitäten, in der Gentechnik Risiken sehen. Die Stadt sollte eine klare Position beziehen.

Herr Dr. Wilke kommt zurück auf die Antragsformulierung. Die Forderungen der Grünen gehen ihm zu weit. Er schlägt vor, den Beschluss auf Neuverträge zu beschränken und diese mit einem Zustimmungsvorbehalt zu belegen.

Die LUFA hat nach Feststellung von Frau Pitsch im Umweltausschuss geäußert, dass sie nicht gegen den Willen des Stadtrates handeln wird. Auch Herr Prof. Wiesler hat nicht definitiv ausgeschlossen, dass ein Restrisiko besteht.

Herr Dr. Wintterle will sich nicht an Diskussionen um Ethik von Unternehmen beteiligen. Aber wenn man keine konkreten Erkenntnisse hat, wie bereits mehrfach von Vorrednern festgestellt, ist doch die normale Entscheidung, das Ansinnen zunächst abzulehnen. Stadträte sind in den meisten Punkten keine Fachleute. Wer daraus folgern will, nicht entscheiden zu können, ist falsch am Platz. Er wirft zudem die Frage auf, ob mit den umliegenden Bauern schon gesprochen wurde. Bei einem Öko-Bauern im Umfeld ist die Situation nochmals ungleich schwieriger als bei konventionellen Bauern. Die SPD will unter der bestehenden Informationslage keine Gentechnik in Speyer.

Herr Batzer erinnert an die Kurzlebigkeit von Ratsbeschlüssen und erwähnt die Einbahnregelung in der Bahnhofstraße sowie das Moratorium bei Mobilfunkanlagen. Vielleicht erweist sich in ein paar Jahren die völlige Unbedenklichkeit der Gentechnik, dann kann der Rat ja jederzeit anders entscheiden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Speyer beschließt auf Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen mehrheitlich, dass auf städtischen Grundstücken, Grundstücken der städtischen Tochtergesellschaften und Grundstücken von Bürgerhospitalstiftung und Waisenhausstiftung keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden dürfen.



[Grüne-Fraktion, Gießhübelstr. 5, 67346 Speyer]

Herrn
Oberbürgermeister
Werner Schineller

Per e-mail

Fraktion B'90/DIE GRÜNEN

Roswitha Pitsch
Gießhübelstr. 5

Tel: 06232 / 71655
E-mail: RoswithaPitsch@t-online.de

Speyer, den 13.11.2006

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion von Bündnis 90/ die Grünen bitte Sie folgenden **Dringlichkeitsantrag** (§ 34 GemO) auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung vom 14.11. 2006 zu nehmen:

Der Rat der Stadt Speyer beschließt, dass auf städtischen Grundstücken, Grundstücken der städtischen Töchter und Grundstücken von Bürgerhospitalstiftung und Waisenhausstiftung keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden dürfen.

Begründung:

Gentechnisch veränderte Pflanzen

1. können nachweislich durch Pollenflug verwandte Wildpflanzen oder Nachbarfelder genetisch „verunreinigen“,
2. lassen nachweislich Resistenzen bei Schädlingen entstehen und rufen „Superunkräuter“ hervor, die nach einiger Zeit mehr und giftigere Mittel erforderlich machen,
3. lassen die Ackerpflanzenvielfalt verarmen,
4. gefährden andere Organismen (Bt-Mais beispielsweise stellt ein Gift her, das nicht nur den Maiszünsler sondern auch andere Tiere schädigt),
5. können neue Allergene bei Menschen hervorrufen,
6. treiben Bauern in die Abhängigkeit weniger Großkonzerne,
7. sind schwer kontrollierbar (siehe aktuell: Gen-Reis-Skandal)

Wir danken für Ihr Verständnis und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen

Roswitha Pitsch (Fraktionsvorsitzende)